

# Volksblatt

Nummer 190

Donnerstag, den 1. Juli

Jahrgang 1927

## Um die Agrarzölle.

Von

Adam Stegerwald, M. d. R.

In der Zeitschrift, die anlässlich des 25jährigen Bestehens des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften vor drei Jahren herausgegeben worden ist, ist über den Kampf um die Agrarzölle u. a. folgendes ausgeführt worden:

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat es im Gegenstand zur sozialistischen Richtung stets abgelehnt, Zollfragen zu Prinzipienfragen zu machen und sie zu einer bloßen Agitationsangelegenheit herabzuwürdigen. Die Frage, ob Freihandel oder Schutzölle, ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage und kann niemals als Wirtschaft- oder gar weltpolitisches Prinzip behandelt werden. Dafür sind Lage und die wirtschaftlichen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern durchaus verschieden. Für ein Land mag das Freihandelsystem das bessere sein, für das andere das Schutzölssystem. Selbst für ein und dasselbe Land kann zu einem Zeitpunkt das Schutzölssystem und für eine andere Periode das Freihandelsystem richtig sein. Für Deutschland mit umfangreichem Getreideanbau spielen beispielsweise die Getreidezölle eine ganz andere Rolle als etwa für England, Holland, Dänemark, die Schweiz usw., wo nur wenig Getreidebau betrieben wird. Bei dem gegenwärtigen internationalen Güterauswandel kann selbst ein einzelnes Land nicht gänzlich wirtschaftspolitisch auf eigene Faust machen. Es muß vielmehr in der Regel seine Wirtschaftspolitik einrichten nach den Staaten, mit denen es in der Kaufsache seinen Güterauswandel betreibt.

Auch die Frage, ob durch Agrarzölle die Lebenshaltung der Arbeiterklasse dauernd gedrückt oder verbessert werden könnte, ist sehr unklar und kann für die verschiedenen Länder nicht einheitlich beurteilt werden. In England, dessen einheimische Landwirtschaft keine große Rolle spielt, würden Agrarzölle ohne Zweifel verschärfend auf Lebenshaltung der Arbeiterklasse wirken. Für Deutschland dagegen ist ein zutreffendes Urteil sehr viel schwieriger zu fällen, weil die deutsche Landwirtschaft noch einen bedeutenden Teil der deutschen Gesamtwirtschaft darstellt und sie daher als einer der größten Abnehmer der einheimischen Industrieprodukte anzusehen ist. Die chemische Industrie, Textilindustrie, Lederindustrie, Maschinenindustrie, die Hausgeräteherstellung, das Baugewerbe usw. sind in starkem Maße auf eine aufstrebende einheimische Landwirtschaft angewiesen. In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege befanden in Deutschland hohe landwirtschaftliche Schutzölle. Die Wirtschaftskrisen aber, die, wie Deutschland, einen starken abnahmefähigen Innenmarkt hatte, in Deutschland weniger stark hervorgerufen als in anderen Ländern. Auch die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse hat sich in der gleichen Zeit, gemessen auf eine gesteigerte Wirtschaft und eine starke Gewerkschaftsbewegung, mehr gehoben als die der Arbeiter anderer Länder während derselben Zeit.

Die Frage der landwirtschaftlichen Schutzölle ist also im ganzen eine Frage der Wirtschaftspolitik eines Landes überhaupt und eine Produktionsfrage. Und ob die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die für Deutschland eine Lebensfrage ist, am besten durch Schutzölle gegen außen oder durch Stützmaßnahmen im Innern erzielt werden kann, darüber wird eine völlige Meinungsübereinstimmung nie herbeizuführen sein. Es war es vor 20 Jahren, so ist es heute.

Diese 1924 ausgesprochenen Sätze behalten stets Gültigkeit. Hinsichtlich der innerstaatlichen Maßnahmen ist heute Deutschland infolge des schwierigen Kreditwesens und der angespannten Steuerpolitik sehr beengt. In den letzten Jahren konnte in Deutschland beobachtet werden, wie der Bauer für seine Produkte sehr viel weniger bekam, als er benötigte, während der Konsument sehr viel mehr bezahlen mußte, als wirtschaftlich gerechtfertigt war. Unsere Volkswirtschaft weist noch große Organisationsfehler auf. Auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher bleibt im allgemeinen mehr hängen, als wirtschaftlich begründet werden kann. Dieser Frage muß in den nächsten Jahren sehr viel Sorgfalt zugewendet werden. Der Bauer soll das bekommen, was er zur rentablen Wirtschaft braucht und für seine Mihaufwendung gerechtfertigt ist, während der ungeheuren Preisspanne zwischen Erzeuger und Verbraucher sowohl mit den Wirtschaftsmitteln des Staates wie insbesondere mit jenen der Selbsthilfe und einer zweckmäßigen Erziehung der Konsumenten, die auch ihrerseits nicht alles ruhig hinnehmen dürfen, nachdrücklich begegnet werden muß.

Das Zollniveau im ganzen ist soeben gegenwärtig in Deutschland, innerwirtschaftlich gesehen, zu hoch. In den letzten Jahren bestand in der Zollfrage eine große Disparität zugunsten der Industriezölle und zu Ungunsten der Agrarzölle. Seit einigen Wochen ist diese Disparität gebrochen. Von landwirtschaftlicher Seite wird aber geltend gemacht, daß das lediglich ein vorübergehender Zustand sei, weil wir im vorigen Jahre eine schlechte Ändner- und Kartoffelernte gehabt hätten und wir uns gegenwärtig im Nebengang von der alten zur neuen Ernte befänden. Innerwirtschaftlich muß also die dauernde Parität zwischen Industrie- und Agrarzölle hergestellt werden. Es geht nicht, daß der Bauer für die Produkte, die er braucht, Weltmarktpreis plus Zoll bezahlen muß, während er für seine eigenen Produkte lediglich Weltmarktpreis erhalten soll, im übrigen aber die Warenverteilung ungeheuerliche Aufschläge erlebt. Vom innerwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, sind gegenwärtig mehrere Industriezölle als zu hoch anzusehen. Sie sind heute vielfach ein Mittel gegen die Senkung der Preise. Der Abbau mehrerer Industriezölle muß Zug um Zug erfolgen; dann sind die Agrarzölle dem Niveau der Industriezölle anzupassen und ebenfalls herabzusetzen. Gegenwärtig befinden

## Die Handelsvertragsverhandlungen.

### Eine günstige Wendung in Paris.

× Paris, 13. Juli. Die vom „Petit Parisien“ verbreitete Nachricht, gestern Abend sei es bei den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen zu einem Ergebnis gekommen, muß als verfrüht bezeichnet werden. Die Verhandlungen werden aktiv fortgesetzt, und es besteht die Hoffnung, daß sie recht bald zu einem Ergebnis führen können. Jedoch ist es unmöglich vorzusagen, an welchem Tage das Abkommen unterzeichnet werden kann.

### Vor der französischen Kammer.

× Paris, 13. Juli. In der heutigen Kammerführung wurde zunächst die Frage der Kredite für die Aufbesserung der Gehälter und Pensionen beraten. Poincaré nahm hierbei das Wort. Er richtete an die Kammer den Appell, die seit einem Jahr erfolgreich betriebene Sanierungspolitik nicht durch unbedachte Ausgaben zu gefährden. Die Regierung werde hinsichtlich der von ihr gemachten Vorschläge die Vertrauensfrage stellen. Die Weiterberatung über diesen Gegenstand wurde auf heute nachmittag vertagt. Die Kammer nahm sodann den Gesetzesentwurf über die Reorganisation der bestimmten Dienststellen an. Sodann wurde eine Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Barthelemy beraten, die sich mit der Frage beschäftigte, die entstehen würde, wenn Deutschland und Frankreich während der Parlamentsferien nicht zu einem Handelsabkommen gelangen würden. Handelsminister Dolanowski erklärte: Unsere Unterhändler sparen weder Zeit noch Mühe, um für beide Teile günstiges Abkommen zu erreichen. Der Redner schloß vor, entsprechend dem Vorgehen des Deutschen Reichstages der Regierung die Möglichkeit zum Abschluß eines Abkommens zu geben unter dem Vorbehalt, daß die Ratifizierung sobald wie möglich erfolgen soll. Dolanowski gab weitere Einzelheiten über die Schwierigkeiten bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland bekannt. Mit 295 gegen 200 Stimmen wurde sodann die Weiterberatung der Interpellation auf Antrag Dolanowski auf unbestimmte Zeit vertagt.

### Auch auf gutem Wege mit Polen.

Von unserer Berliner Redaktion.

A Berlin, 13. Juli. (Eig. Drahtf.)

Die vorliegenden Meldungen vom wirtschaftspolitischen Kriegsschauplatz, auf dem um das Schicksal der deutsch-französischen Handelsbeziehungen gerungen wird, lassen eine wesentliche Wendung zum Besseren erkennen. Es scheint festzustehen, daß ein provisorischer Handelsvertrag mit einiger Dauer vereinbart ist,

wir uns in einem Zwischenzustand, der nicht mehr sehr lange aufrecht erhalten werden kann.

Die letzte Zolltarifnovelle hat für drei Agrarprodukte Erhöhungen gebracht:

1. für das Schweinefleisch von 21 Mark auf 32 Mark pro Doppelzentner;
2. für Kartoffeln von 50 Pfg. auf 1 Mark pro Doppelzentner autonome, nicht etwa Mindestzölle, und zwar ab 1. Dezember 1927, (also nicht jetzt, wo wir am Schluß des alten Ernterjahres anormal hohe Kartoffelpreise zu verzeichnen haben);
3. für den Zucker von 10 auf 15 Mark pro Doppelzentner, wofür aber die Zucksteuer von 21 Mark auf 10,50 Mark ebenfalls pro Doppelzentner gekürzt worden ist.

Der Zoll auf Schweinefleisch ist reichlich hoch ausgefallen. M. E. wären auch 28 Mark statt 32 Mark ausreichend gewesen. An dem in der Regierungsvorlage vorgesehenen und nunmehr beschlossenen Satz konnte im Reichstage indes nichts mehr geändert werden, nachdem sowohl die preussische Regierung (der man bestimmt eine agrar-schützende Neigung nicht unterstellen kann) wie auch eine Oppositionspartei (die Demokraten) dem Satz von 32 Mark zugestimmt hatten.

Der Kartoffelzoll ist sowohl für die Erzeuger wie für die Verbraucher mehr eine psychologische als eine materielle Angelegenheit; er ist weiterhin überwiegend eine Grenzlandfrage. Die Provinz Posen ist bekanntlich durch das Friedensbittat von Versailles von Preußen abgetrennt und Polen zugeteilt worden. Polen war früher einer der hauptsächlichsten Kartoffel-Verbraucher in Deutschland. Heute sind in Polen die Produktionskosten und die Löhne sehr viel niedriger als in Deutschland. Dazu kommt, daß Deutschland an seinen neuen Ostgrenzen einen Wall von Klein- und Mittelbauern aufsteht, die sich für Kartoffeln sehr viel mehr interessieren als für Getreide. Auf den leichtesten Böden des Ostens können im allgemeinen nur Roggen und Kartoffeln angebaut werden. Die Landwirtschaft des östlichen Grenzbezirks lebt in der ständigen Angst, die Konkurrenz mit Polen im Kartoffelanbau nicht bestehen zu können. Wenn im Osten die Vorherrschaft des Großgrundbesitzes zurückgedrängt und die Klein- und Mittelbesiedlung rentabel gemacht werden soll, so kann diese tatsächlich nur aufbauen auf das Schweine- und die Kartoffeln. Und diese Kartoffelproduktion sollte durch die Erhöhung des Kartoffel-

zolls gesichert werden. Für die Konsumenten im ganzen dürfte sich der Kartoffelzoll kaum auswirken. Deutschland erzeugt in normalen Jahren etwa vier- bis fünfmal soviel Kartoffeln, als es für die menschliche Ernährung benötigt. Weiterhin spielt bei der Kartoffel im allgemeinen die Frucht vom Osten nach dem Westen eine sehr viel größere Rolle als der jetzt festgesetzte Zoll. Wenn nicht die deutsche Reichsbahn jährlich 950 Millionen Mark für Reparationslasten aufzubringen hätte — wodurch natürlich ihre Bewegungsfreiheit hinsichtlich der Gestaltung der Frachttarife sehr eingeengt wird —, dann würde ich meinerseits nie dem Kartoffelzoll zugestimmt haben. Dann hätte für den inländischen Kartoffeltransport ein Vorzugstarif geschaffen werden können, womit Landwirtschaft und Verbraucher besser gedient gewesen wäre als mit dem Kartoffelzoll.

Mit der Erhöhung des Zuckersollens soll die Zuckereinfuhr neuer belebt werden. Im Jahre 1918/1919 hat Deutschland 22 822 Doppelzentner Zucker und 11 050 334 Doppelzentner ausgeführt, im Jahre 1925/26 dagegen führte Deutschland umgekehrt 802 013 Doppelzentner ein, während es nur 495 992 Doppelzentner ausfuhrte. Deutschland war also früher Zuckereinfuhrland; heute ist es zum Zuckereinfuhrland geworden. Diese Dinge sollen möglichst wieder umgekehrt werden. Kartoffel- und Zuckersoll können keinen Dauerzustand darstellen. Der Landwirtschaft soll lediglich die Möglichkeit gegeben werden, sich auf die neuen Verhältnisse umzustellen. Um aber auch im Übergang keine Erschwerung für die Konsumenten eintreten zu lassen, wurde die Zucksteuer 10-21 = 31 Mark, künftig 15 und 10,50 = 25,50 Mark pro Doppelzentner.

Im übrigen muß die Politik während des Tagungsabschlusses eines Parlamentes im ganzen gesehen werden. Im letzten Jahre ist das große Arbeitslosenvergehen, das gewaltige Verfall der Arbeitslosenversicherung, das Arbeitszeitgesetz geschaffen, die Invalidenversicherung und das Knappschaftsgesetz weitgehend verbessert worden. Allen diesen Gesetzen haben fast alle Landwirte in allen Parteien des Reichstages zugestimmt. Auch auf dem Lande herrscht sowohl beim Klein- als auch beim Mittel- und teilweise selbst beim Großbesitz (bei letzterem nicht selten wegen Kreditnot) ein allgemeines Verfall. Die deutschen Gesamtvolkswirtschaft wieder in ein normales Geleise gebracht ist, wird noch manchmal zu Mitteln gegriffen werden müssen, die weder logisch noch populär und trotzdem im ganzen richtig sind.

## Reichskabinett und Reichsschulgesetz.

Von unserer Berliner Redaktion.

(Berlin, 13. Juli. (Eig. Drahtf.))

Aus den eingehenden Ministerbesprechungen über das Reichsschulgesetz glaubten einige Oppositionsblätter den Schluß ziehen zu dürfen, daß im Schoße des Kabinetts so erhebliche Schwierigkeiten bestünden, daß mit einer ausgesprochen ablehnenden Haltung der zwei Minister der Deutschen Volkspartei zu rechnen sei. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen. Die Verhandlungen wurden vielmehr soweit gefördert, daß man zu einem einstimmigen Beschluß über den Entwurf gelangte, wie aus folgendem amtlichen Kommuniqué zu ersehen ist:

„Die mehrtägigen Beratungen des Reichskabinetts über den Entwurf des Reichsschulgesetzes sind Mittwoch zum Abschluß gelangt. Die Vorlage fand die einstimmige Zustimmung des Reichskabinetts. Bezüglich der Verhandlungen über die fäbwestdeutsche Simultanische (Artikel 174 der Reichsverfassung) erklärten Reichsminister Dr. Curtius und Dr. Stresemann nach Ablehnung des von ihnen dazu gestellten Antrags, ihren Standpunkt in dieser Frage aufrecht zu halten. Die Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs wird noch in dieser Woche erfolgen.“

Die badische Spezialfrage, in welcher die volksparteilichen Minister einen ablehnenden Standpunkt einnahmen, erscheint uns, falls keine weiteren Komplikationen hinzutreten, keineswegs so bedrohlich, daß darum ein Auseinanderbrechen der Koalition zu befürchten wäre.

## Das Reichspostministerium und die Drispostkarte.

A Berlin, 13. Juli.

Zu einer Meldung, daß die neue Postgebührenvorlage die Geltung der Drispostkarte auf Orte mit nicht mehr als 100000 Einwohner beschränke, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Die Entwicklung der letzten Jahre hat dazu geführt, daß sich in stetig zunehmendem Maße wirtschaftlich verbundene Gemeinden zu politischen Gemeinden wesen mit großem Gebietsumfang zusammengeschlossen haben. Die Gewährung dieser Drispostgebühren hat nur dann eine Berechtigung, wenn die gesamte Verarbeitung der Drispostungen von der Einlieferung bis zur Zustellung von derselben Postanstalt ausgeführt werden kann, d. h., wenn eine weitere Beförderung der Sendungen nicht stattfindet. Das ist aber in den großen Gemeinwesen, in denen aus Verkehrsgründen mehrere Postanstalten eingerichtet werden müssen, nicht mehr der Fall. Die Beförderung zwischen dem Einlieferungs- und dem Zustellungsamt erfordert fast ebenso große Aufwendungen wie die Beförderung der Fernbriefsendungen. Erfahrungsgemäß legen Drispostbriefe infolge der großen Entfernungen zurück wie Fernbriefe. Die gleichen Verhältnisse liegen bei der Drispostkarte vor. Es ist daher bei dem heutigen Stande der Zusammenfassung von früher selbständigen Orten zu großen Gesamteinheiten nicht mehr zu umgehen, für den Bereich des Drispostverkehrs eine gewisse Begrenzung vorzunehmen, die zweckmäßig an die Einwohnerzahl anknüpft. Diese Grenze dürfte bei einer Zahl von 100 000 Einwohnern das richtige treffen.

## Schulleiern am Verfassungstag.

× Berlin, 13. Juli. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat im Rahmen der kürzlich vom preussischen Staatsministerium erlassenen Bestimmungen Kultusminister Dr. Beder angeordnet, daß am Verfassungstage schulfrei ist. An diesem Tage sind Schulleiern zu veranlassen, bezüglich deren der Minister erwartet, daß alles getan wird, um den inneren Gehalt und den äußeren Rahmen der Schulleiern würdevoll zu gestalten, um die Bedeutung des Tages den Schülern nahe zu bringen.

## Pionierarbeit Deutschlands in den Kolonien.

Von unserer Berliner Redaktion.

(Berlin, 13. Juli. (Eig. Drahtf.))

Der bekannte „Manchester Guardian“ führt in einem Artikel aus:

„Im Großen und Ganzen ist Deutschlands administrative Leistung auf kolonialen Gebiet besonders in Ostafrika einbildend gewesen, zumal im Zusammenhang mit wissenschaftlichen Forschungen. Namen wie Koch und Scliman sind im vormaligen Deutschafrika und Kamerun von den Eingeborenen ein dankbares Gedächtnis bewahrt. Es wäre absurd, eine Nation, die solche Männer hervorgebracht hat, dauernd von der Mandatskommission auszu schließen.“

Zu diesem ethischen Bekenntnis der erwähnten angesehenen englischen Zeitung bemerkt die „Tägliche Rundschau“ mit Zug und Redt:

„Deutschland mußte es erdulden, daß es von der kolonialen Mitarbeit ausgeschlossen wurde mit der schmachvollen Begründung — schmachvoll für ihre Urheber —, daß es zur Teilnahme an dieser Arbeit moralisch unwürdig sei. An dieser Lage, die der Lage von Deutschlands alleiniger Kriegsschuld

Leichentafel ist, hat man denn doch nicht festhalten können. Und das ist klug, wie man sieht, heute schon deutlich anders. Auch man über die Lage von der moralischen Unwürdigkeit Deutschlands zur Teilnahme an der kolonialen Arbeit preisgeben, so ist es mit der Einräumung eines Sitzes in der Mandatskommission in Deutschland anders. Es muß uns auch wieder ein Feld zur kolonialen Betätigung eingeäumt werden. Das ist diejenigen, die uns unsere Kolonien geraubt haben, nicht verstanden, bessere Kolonisationsarbeit zu leisten, als wir sie geleistet haben, wird heute von allen Kennern der Verhältnisse zugegeben. Eine neue Bestätigung dieser Tatsache sind die Beschwerden der Samoaner über die neuseeländische Mandatsverwaltung.

## Politische Freibereit.

Dr. Wirth veröffentlicht in einer Berliner Korrespondenz einen „Politischen Freibereit“ überschriebenen Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß in der in Porto Alegre (Brasilien) erscheinenden „Neuen deutschen Zeitung“ schwere Beschimpfungen des Zentrums zu finden wären. Dr. Wirth ist die betreffende Nummer des Blattes mit einem dem Namen des Artikelstellers nennenden Brief eingelangt worden, und er gibt daraus den Inhalt eines „Münchener Briefes“ wieder. Die Zentrumsblätter haben schmutzige Hände bekommen, steht da zu lesen. Der Schreiber behauptet den Fall Höfle und die damit zusammenhängenden Dinge. In nicht mißzuverstehender Weise werde er, der frühere Reichstangler, der Abg. Giesberts und Oberpräsident Gronowski in Zusammenhang damit gebracht. Er selbst werde als Freund Höfles besonders demagogisch, bemerkt Dr. Wirth, und er knüpft daran folgende Ausführungen:

Noch nie ist mir in langen Jahren trotz größter persönlicher Anfeindung jemals irgend ein Vorwurf erwachsen, als ob ich direkt oder indirekt mit dem Fall Barnat in Zusammenhang zu bringen wäre. Das hat bis jetzt niemand versucht. Ich habe das Finanzministerium, die Reichsbank, das Auswärtige Amt geführt, aber in meiner Amtsführung ist mir bis jetzt nie der leiseste Vorwurf erwachsen und ich hätte nicht geglaubt, daß eine ausländische Zeitung den Vorwurf machen könnte, mir derartige Vorwürfe zu machen. Diese schamlosen Verleumdungen lasse ich nicht auf mich sitzen, vor allem, seitdem ich weiß, wer der Verfasser dieses „Münchener Briefes“ ist. Ich habe weder direkt noch indirekt jemals mit den Herren Giesberts und Gronowski. Jetzt denunziert man mich als Höfles Freund. Ich war mit Höfle nicht mehr befreundet als jedes Mitglied der Zentrumsfraktion. Höfle ist tot. Wäre es nicht angebracht, daß man nun die Zentren rufen ließe? Er hat mit seinem Leben für seine Fehler gebüßt. Ich werde auch wieder in Verbindung mit der Firma Himmelsbach gebracht. Eine Himmelsbach ist mit einem früheren Zentrumsabgeordneten verheiratet. Das ist frei erfunden. Auch nähere Beziehungen zwischen der Firma Himmelsbach und mir sind längst als freie Erfindung gekennzeichnet worden. Das alles müßte der anonyme Schriftsteller in der hiesigen Zeitung wissen. Er wußte es auch. Er wollte nur pöbeln schreiben. Er mag sich noch an zu berichten, daß Reichsminister in die Molekula gelassen sind. Auch das ist unrichtig. Aber wie ist es möglich, daß in einer ausländischen Zeitung ein deutscher Beamter, denn um einen solchen handelt es sich, derartige Unwahrheiten und Schandfabeln zusammenphantasieren. Ich bin in der glücklichen Lage, den Verfasser des schamlosen Briefes öffentlich nennen zu können. Es handelt sich um den Presschef der hiesigen Staatsregierung, um Herrn Dr. Hans Eisele in München.

Dr. Wirth deckt hiermit, vorausgesetzt, daß die ihm gemachten Angaben über den Verfasser stimmen, einen regelrechten politischen und publizistischen Skandal auf, für den es kein Wort der Entschuldigung geben kann. Die Angelegenheit ist umso gemeiner, als es sich hier um einen in hoher Stellung befindlichen katholischen Beamten einer deutschen Landesregierung handelt, der, wie aus dem von Dr. Wirth gleichzeitig veröffentlichten Brief des Herausgebers des ebenfalls in Porto Alegre erscheinenden „Deutschen Volksblattes“ hervorgeht, zunächst in diesem Blatt gegen bestimmte Zentrumsabgeordnete gehetzt hat und, als ihn das unmöglich gemacht wurde, sich die Konkurrenz dieses Blattes, die liberale freimaurerische „Neue deutsche Zeitung“ als Verlegerstätte für seine deutsche Parlamentarier herabgefunden und die Zentrumspartei distanzierenden Artikel ausgewählt haben soll. Der von Dr. Wirth bloßgestellte Artikelstiller war früher Vertreter eines großen rheinischen Blattes in Berlin. Gegen Ende des Krieges sah sich dieses Blatt aber gezwungen, ihn von dem Posten zu entheben. Er ist dann nach kürzerer Tätigkeit in Wien nach München gekommen, wo er in den bayrischen Staatsdienst trat. Als Oberregierungsrat leitete Dr. Eisele seit mehreren Jahren die Pressestelle der bayrischen Staatsregierung.

Man wird abwarten müssen, was er selbst zu dem gegen ihn erhobenen Vorwurf sagt. Nach dem von Dr. Wirth veröffentlichten Brief aus Porto Alegre darf man aber wohl als festgestellt ansehen, daß Dr. Eisele zunächst in dem dortigen „Deutschen Volksblatt“ in ähnlicher Weise, wie es Dr. Wirth nach der „Neuen deutschen Zeitung“ (Münchener Brief) in der „Kulturpropaganda“ getrieben hat, indem er bestimmte Zentrumsleute verächtlich zu machen suchte. Daß er dann zu dem zuletzt genannten Blatt hinübergewechselt ist, dafür scheint uns zunächst nur ein, wenn auch ziemlich begründeter, Verdacht zu bestehen, obwohl der Schreiber des Briefes an Dr. Wirth ohne jede einschränkende Bemerkung Dr. Eisele als den Verfasser des Münchener Artikels in dem liberalen Blatt bezeichnet. Vermutlich wird diese Behauptung nicht zu widerlegen, so würde man nicht gerade erbaulichen Zustand feststellen haben, daß es der Pressechef der bayrischen Staatsregierung mit seiner Stellung für vereinbar hält, als Publizist im Nebenberuf deutsche Parlamentarier, Mitglieder der seiner eigenen Partei befreundeten Zentrumspartei, im Ausland als moralisch verurteilte Zeitgenossen zu denunzieren und zugleich die Zentrumsblätter, in deren Presse er sich früher als Journalist betätigt hat, vor den Deutschen in Brasilien, die sich sowieso meist von den Zuständen im neuen Deutschland ein total verzerrtes Bild machen, zu distanzieren. Die bayrische Staatsregierung wird nicht umhin können, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen.

## Wilschke schließt den Senat.

In der heutigen Nachmittagsitzung des Senats entschieden sich in der Beratung des Abänderungsgesetzes

# Entfesselte Elemente.

## Die Lage im Wiener Hochwassergebiet.

1) Wien, 13. Juli. Berichte aus dem Untervergessenen Gebiet des Mühlviertels und Gattelsbühles schilfern, daß die Lage der von der Katastrophe betroffenen Ortschaften geradezu trostlos ist. Angesichts der zerstörten Gebäude und Brücken ist ein Abräumungs- und Wiederaufbauplan notwendig. Zunächst soll deshalb eine Einweisung der Vertriebenen in provisorische Unterbringungsmöglichkeiten in Angriff genommen werden. Es wird dort angenommen, daß etwa insgesamt 100 Millionen Mark nötig sein werden, um die Vertriebenen zu befriedigen.

### Im ganzen 145 Tote.

2) Dresden, 13. Juli. Am Mühlviertel und Gattelsbühles sind weitere 145 Tote nicht mehr gefunden worden, so daß man annehmen kann, daß die Zahl von 145 die endgültige Totenziffer ist. Die Wiederherstellungsarbeiten, für die zwei Jahre vorgesehen sind, werden nach einem Generalbauplan durchgeführt werden. Die letzten Opfer der Katastrophe wurden am heutigen Mittwoch beerdigt.

## Erste Hilfe für die Opfer der Katastrophe im Erzgebirge.

3) Dresden, 13. Juli. Der Reichsausschuß des sächsischen Landtages hielt heute eine Trauerfeier für die Opfer der Untervergessenen Katastrophe ab. Die Regierung beauftragte die Bewilligung von 10 Millionen Reichsmark für die erste Hilfe.

### Berlins Hilfe für Sachsen.

4) Berlin, 13. Juli. Der Magistrat von Berlin beschloß, dem sächsischen Regierung zur Unterstützung der Opfer des Hochwasserunglücks im Erzgebirge den Betrag von 50.000 Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

## Der sächsische Landtag und die Untervergessenen Katastrophe.

5) Dresden, 13. Juli. In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtages gab Ministerpräsident Heide eine kurze Schilderung der Lage im Untervergessenen Gebiet. Er sagte, daß die Lage gänzlich hoffnungslos sei und daß über 100.000 Menschen in der Not seien. Die Wiederherstellungsarbeiten dürften in etwa 14 Tagen so weit gefördert sein, daß ein Verkehr auf den zerstörten Straßen wieder aufgenommen werden könne und die Elektrizität, Gas, Wasser- und Telefonleitungen wiederhergestellt sein würden. Die sächsische Regierung habe heute beschlossen, weitere 10 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Reichsminister Dr. Giesberts und drei Reichstagsmitglieder aus Berlin sollen im Untervergessenen Gebiet eingetroffen sein, um Unterlagen für ein

über die Selbstauflösung des Sejm Innenminister Sklowski. Die Debatte sollte gerade beginnen, als er um das Wort bat. Der Minister verlas eine Verordnung des Staatspräsidenten, durch die die gegenwärtige Session des Senats für geschlossen erklärt wird.

Die Sitzung mußte sofort abgebrochen werden. Die Nachricht von diesem Vorfalle der Regierung hat in politischen Kreisen großes Aufsehen hervorgerufen. Wenn auch die Session des Sejm formell noch nicht abgeschlossen ist, so ist sie jedoch durch die Schließung des Senats völlig lahmgelegt, da von dem Sejm angenommenen Gesetzentwürfen zur Rechtsgültigkeit der Zustimmung des Senats bedürfen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung auf diese Weise einer offiziellen Selbstausschließung aus dem Wege und die verfassungsmäßig für den September vorgesehenen Neuwahlen hinauszuverschieben will. Der neue Schritt Wilschkes zeigt sein Verstreuen, daß Parlament vollständig auszuscheiden.

## Die Lage in Griechenland.

6) Athen, 13. Juli. Sabas verbreitet folgende Meldung aus Athen um 1.30 Uhr mittags: Die Wähler berichten, daß die Regierung, da sie festgestellt habe, daß gewisse Offiziere des Heeres und der Marine Freunde von Pangalos seien und eine verächtliche Tätigkeit verbreiteten, und da die Propaganda zu seinen Gunsten und zu seiner Verehrung wesentlich zunahm, sich zu energischen Maßnahmen entschlossen hat. Zahlreiche Offiziere wurden verhaftet und in verschiedenen Regimenter sind drei oder vier Verhaftungen vorgenommen worden. Die Regierung hat gestern gewisse militärische Präventivmaßnahmen getroffen. Die Verlesung ist absolut ruhig. In der Vorlesung ist jedoch das Pöbel mit 369 notiert worden.

## Belings Protest gegen die japanischen Truppentransporte.

7) Peking, 13. Juli. Die Regierung hat an die japanische Gesandtschaft eine Note gesandt, in welcher sie ihr Entsetzen darüber ausdrückt, daß der Protest der chinesischen Regierung gegen die japanischen Truppentransporte nach Tschingtau keine Aufmerksamkeit gefunden habe, sondern daß weitere Truppentransporte nach Tsinanju stattgefunden haben. In der Note wird erklärt, daß die japanische Regierung habe vertraglich niedergelegte Verpflichtungen sowie die Souveränitätsrechte Chinas verletzt. Die chinesische Regierung fordere daher die sofortige Zurückziehung der japanischen Truppen aus Tschingtau und Tsinanju. Sie erhoffe ferner eine schnelle und zufriedenstellende Antwort auf die Note.

## Deutsches Reich.

### Commerzurlaub des Reichspräsidenten.

8) Berlin, 13. Juli. (Sig. Drab.) Reichspräsident von Hindenburg wird seinen diesjährigen Sommeraufenthalt wiederum in Dietrichsgrün verbringen. Es ist dafür die Zeit vom 15. August bis 7. September vorgesehen.

### Um die Fernspreckgebühren.

9) Berlin, 13. Juli. Die Wirtschaftliche Vereinigung hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, durch den die Reichsregierung ersucht wird, baldigst eine Vorlage an den Verwaltungsrat der Reichspost zu veranlassen, die eine Ermäßigung der Fernspreckgebühren zugunsten der Fernspreckbesitzer vorsehe.

### Postkammer Soehls auf dem Wege der Besserung.

10) München, 13. Juli. Postkammer von Soehl befindet sich, wie die Münchener Posten Nachrichten hören, auf dem Wege rasch fortzuschreiten der Besserung. Er hofft, seine Tätigkeit in nicht allzu langer Zeit wieder aufnehmen zu können.

Eingreifen des Reiches zu gewinnen. Der Reichsausschuß beschloß einstimmig, die Regierung zu ermächtigen, nicht nur für die östlichen, sondern auch für die westlichen vom Untervergessenen Gebiete die für eine Hilfsaktion notwendigen Gelder zu verausgaben.

## Vom Blitz erschlagen.

11) Witten, 13. Juli. In der vorvergangenen Nacht ging über Witten und Umgebung ein heftiges Gewitter nieder, von dem die Ortschaft Witten besonders heimgesucht wurde. Mehrere Häuser wurden wegen Einsturzes gefährdet und zerstört. Menschenleben sind, soweit bisher bekannt, nicht zu Schaden gekommen.

### Blitzschlag in einen Straßenbahnwagen.

12) Stuttgart, 13. Juli. Ueber die Stadt gingen gestern abend schwere Gewitter nieder. Verschiedentlich entliefen die Straßenbahnwagen, und der Verkehr mußte unterbrochen werden. In einem Straßenbahnwagen schlug der Blitz ein und zündete ihn an. Zwei andere Wagen flogen infolge der Unstabilität, hervorgerufen durch die starken Regengüsse, zusammen, wobei zwei Fahrgäste verletzt wurden. In Ragnitz im württembergischen Schwarzwald sind 15.000 Reister Tannenholz durch einen Sturm niedergebissen worden.

13) Stuttgart, 13. Juli. In Sindelfingen schlug gestern abend ein Blitz in einen Neubau, in dem fünf Arbeiter Unterschlupf gesucht hatten. Zwei Arbeiter wurden getötet, ein dritter erlitt schwere Verletzungen. In Stuttgart schlug der Blitz in einen Straßenbahnwagen, der ausbrannte. Die Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

### Schwere Unwetterkatastrophen auch in Schlesien.

14) Breslau, 13. Juli. Die Unwetter der vergangenen Tage haben, wie sich erst jetzt nachträglich ergibt, abgesehen von den Verletzungen im Riesengebirge auch sonst in der Provinz viel Unheil durch Hagelschläge, Hagelschauer und Windstöße angerichtet. Auch Menschenleben sind ihnen zum Opfer.

### Zwei Frauen vom Blitz erschlagen.

15) Bielefeld, 13. Juli. Während eines Gewitters in Gort bei Bielefeld schlug der Blitz in einen hohen Baum, unter dem eine Anzahl Frauen Schutz gesucht hatten. Zwei Frauen wurden getötet und vier schwer verletzt.

### Unwetter über Kanada.

16) Toronto, 13. Juli. Ein heftiges Unwetter, das über dem westlichen Kanada heute früh tobte, hat vier Menschenleben gefordert und zahlreichen Sachschaden angerichtet.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Ausweisung einer deutschen Familie aus dem Memelland.

17) Memel, 13. Juli. In Schließingen (Belgien) hatte eine Familie für Deutschland optiert und noch vor Ablauf der Frist um Ausreisegenehmigung nachgesucht. Diese Genehmigung wurde jedoch verweigert. Am letzten Sonntag erschienen Polizeibeamte und brachten die Familie nach Schließingen. Hier wurde sie bis Dienstag im Gerichtsgefängnis festgehalten, um dann am nächsten Tage gewaltsam nach Deutschland abtransportiert zu werden. Der Familie wurde bei dem Abtransport nicht einmal Zeit gelassen, den Hausrat mitzunehmen. Auch ein zweijähriges Kind mußte die Opantenfamilie zurücklassen.

### Eine neue Vollziehung der Genfer Marinekonferenz.

18) Genf, 13. Juli. In den Kreisen der Marinekonferenz wird die Abhaltung einer öffentlichen Vollziehung für Donnerstag nachmittag ins Auge gefaßt. Die Führer der drei Delegationen würden dadurch Gelegenheit erhalten, zu den jetzt geleisteten Arbeiten des technischen Komitees, über die Ende letzter Woche ein endgültiger Bericht veröffentlicht wurde, Stellung zu nehmen, sowie ihre Auffassung über die Frage der Beschränkung des Baues von Kreuzern von 10.000 Tonnen darzulegen.

### Die Zusatzkreditlinie von der französischen Kammer angenommen.

19) Paris, 13. Juli. Die Kammer hat die Zusatzkreditvorlage der Regierung infolge der Erhöhung der Beamtenbesoldung angenommen. Artikel 1, der die für die Beamtenbesoldungserhöhung vorgesehene Summe bezeichnet und bei der die Regierung die Vertrauensfrage stellte, wurde, nachdem Poincaré die Summe auf Vorschlag der Radikalen um eine Million erhöhte, mit 347 gegen 200 Stimmen angenommen. Damit wurde eine Abmilderung über das Kommissionsprojekt, das sich gegen den Regierungsvorschlag aussprach, vermiehen.

### Die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien.

20) Rom, 12. Juli. „Corriere della Sera“ erzählt aus Belgrad, daß die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Albanien unmittelbar bevorstehe. Der frühere jugoslawische Generalkonsul von Titograd werde in den nächsten Tagen als Geschäftsträger nach Tirana gehen. Bereits am nächsten Freitag werde aber der neue jugoslawische Gesandte in Tirana eintreffen.

## Iwan Antikifer †.

21) Berlin, 13. Juli. Iwan Antikifer ist heute Nachmittag in der Charité verstorben. Die Verhandlung des Antikiferprozesses, in der am morgigen Donnerstag das Urteil gefällt werden sollte, hat in dauernder Anwesenheit eines Anwaltsgaranten der Charité stattgefunden. Noch am 7. Juli hat Professor Hölz die Verhandlungsfähigkeit Antikifers vor Gericht erneuert festgestellt. Antikifer selbst ist der Tod durch eine plötzliche Lungenembolie herbeigeführt worden.

Von anderer Seite wird gemeldet: Der Tod Iwan Antikifers ist völlig überraschend gekommen. Iwan Antikifer war seit längerer Zeit herzleidend und seit Februar in der Charité als Unterleibsdarmkranke unter ärztlicher Behandlung. Am Februar wurden Verhandlungen begonnen. Die Verhandlungen wurden aber am Mai verlagert, da Iwan Antikifer nicht verhandlungsfähig war. Während der dann am 2. Mai begonnenen Verhandlung wurde schließlich ein Arzt der Charité zugezogen. Iwan Antikifer lag auf dem Krankenstuhl. Da mit Iwan Antikifer noch weitere vier Angehörige behandelt, rechtlich nicht ausgeschieden werden. Es ist aber anzunehmen, daß die Urteilsverhandlung wegen des Todesfalls vertagt wird. Morgen soll eine genaue Untersuchung über die Ursache des plötzlichen Todes vorgenommen werden. Die Ärzte nehmen, wie gesagt, an, daß es sich um eine Lungenembolie handelt.

Iwan Antikifer war im Elbau geboren und war zuletzt litauischer Staatsangehöriger. Im Weltkrieg war er Lieferant der russischen Regierung. Nach dem Kriege siedelte er nach Deutschland über, wo er deutsche Kriegsmaterial in großen Maßstäben nach dem Ausland verhandelte. Die dabei gewonnenen Millionen legte Antikifer in Banken und Anleihen an, die er in seinen Besitz zu bringen verstand. Auch die Preussische Staatsbank wurde in die Geschäfte verwickelt. Im Spätherbst 1924 wurde Antikifer wegen Bankrot verhaftet.

Weiter wurden ihm eine ganze Reihe Betrugsverbrechen, Verleitung zum Falschschreiben und Abgeben von falschen eidesstattlichen Versicherungen in mehreren Fällen zur Last gelegt. Die Gerichtsverhandlung gegen ihn begann am 12. April 1926. Nach einem Monat-Prozess wurde Iwan Antikifer am 30. Juni 1926 zu fünf Jahren Zuchthaus, vier Millionen Mark Geldstrafe und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt und sofort in Haft genommen.

Die „Post“ schreibt: „Iwan Antikifer hat in der Inflationszeit übliche Geschäfte gemacht, für die er offenbar mit Recht verurteilt worden ist. Wenn auch das Strafmaß der ersten Instanz bei erneuter Nachprüfung selbst dem Vertreter der Anklage zu hoch erschien. Weder als Persönlichkeit noch als Typus vermochte der Mann, der jetzt als Unterleibsdarmkranke am Tod gekündet hat, besondere Sympathien zu erwecken. Das rechtfertigt aber nicht die Tatsache, daß der offensichtlich schwerkranken und unglücklichen Ausgang des Gerichtsprozesses ohne Zweifel vorlag. So trag liegen die Dinge im Falle Antikifer sicherlich nicht. Trotzdem wird man aber gerade jetzt die ständigen Klagen und Beschwerden Antikifers und seiner Verteidigung über falsche Anklagenbehandlung doppelt genau nachprüfen müssen.“

## Von Nah und Fern.

### Neue Wendung in der Steglitzer Schülertragödie.

22) Berlin, 13. Juli. Die das „Nacht- und Nebelblatt“ berichtete, ist auf Antrag des Oberstaatsanwalts beim Landgericht 2 heute gegen den Schüler Paul Kranz die Voruntersuchung wegen gemeinschaftlichen Mordes eröffnet worden. Der Verdacht gegen Kranz geht dahin, daß er zusammen mit dem Schüler Günther Scheller den Mord an dem Schiedsrichter Hans Stephan verübt hat. Gegen Paul Kranz ist aber noch ein neues Verdictsmoment aufgetaucht, infolgedessen, als der Rechtsbeistand des Vaters Schellers in einem längeren Schriftsatz eingehend begründet, daß Günther Scheller nicht an Selbstmord gekrankt ist, sondern ebenfalls ein Opfer des Mordes wurde. Daher wird gegen Kranz die Voruntersuchung auch wegen des zweiten Mordes beantragt. Als Beweis für diese schwere Beschuldigung wird u. a. darauf hingewiesen, daß Günther Scheller ein Schiedsrichter war, während der tödliche Schuß sich in der rechten Schläfe befand. Weiterhin wird behauptet, daß Günther Scheller, der ohne Glas schlecht sehen konnte, an dem fatalen Tage sein Augenpaar in der Wohnung in Mahlow liegen gelassen hat, weshalb es unmöglich erscheint, daß er bei seinen schlechten Augen so sicher gezielt haben konnte.

### Ein Luftmord nach 24 Jahren aufgeklärt.

23) Berlin, 13. Juli. In den Morgenstunden des 25. Januar 1925 wurde in einem Geschäft des Arnstädter Platzes im Nordosten Berlins die Leiche der 18jährigen Hausangestellten Stangerl gefunden, die einem Luftmörder zum Opfer gefallen war. Als Täter ist jetzt ein 25jähriger, verheirateter, wegen Sittlichkeitsverbrechen an einem schicksalhaften Mädchen verurteilter Bremer Arbeiter ermittelt worden. Er gibt an, den Mord in sinnloser Trunkenheit begangen zu haben.

### Ein gefährliches Geschenk.

24) Berlin, 13. Juli. Der Ingenieur Wundratsch, der heute nacht sein Motorrad mit Weizen aus der Zeit vor seinem Hause im Osten Berlins unbeaufsichtigt stehen ließ, fand bei seiner Rückkehr in dem Weizen ein Paket, das eine 10,5 cm Granate mit eingeklinktem Zündschnur enthielt. Die Granate wurde durch einen wasserdichten Folienbeutel unbeschädigt gemacht. Von dem Täter fehlt jede Spur.

### Autounfall.

25) Harzburg, 13. Juli. Auf der Chaussee von Dorfhaus nach Harzburg wollte an einer starken Biegung ein Lieferwagen ein Personauto im schnellen Tempo zwei entgegenkommenden Autos ausweichen, fuhr aber aus unaufrichtiger Furcht nicht die im Bogen führende Straße entlang, sondern geradeaus, stürzte, die Räder nach oben, die Luft mit hoher Geschwindigkeit in die Höhe und wurde durch einen Unfall des Wagens wurde getötet. Das Auto stammte aus Lebe bei Bremen.

### Ein Lastkraftwagen verunglückt. Zwei Tote.

26) Gersfeld, 13. Juli. Heute früh 6.30 Uhr wurde auf einem unbewachten aber überhöhten Bahnübergang der zweigeschossige Eisenbahnnebenstrecke Gertrudens-Wäldchen (Werra) trotz rechtzeitiger Warnungssignale ein Lastkraftwagen von einem Güterzug überfahren. Der Lastkraftwagenführer und sein Begleiter wurden getötet.

### Ein Polizeibeamter erschossen.

27) Dresden, 13. Juli. In der vergangenen Nacht wurde in Lützsch ein Kriminalbeamter von einem Einbrecher erschossen, der aus dem benachbarten Ort Lützenberg nach einem Einbruch mit seinen Diebstahlsbeute zum Bahnhof gestiegen war. Die Täter entliefen.

### Ein neuer Weltrekord Bäumers.

28) Hamburg, 12. Juli. Der Hamburger Pilot Bäumers hat seinen eigenen Geschwindigkeitsweltrekord für leichte Flugzeuge ohne Passagier gebrochen. Er startete heute mit seinem Flugzeug „Sauerwind“ um 19.51.52,8 Minuten Uhr und legte die 100 Kilometer betragende Strecke der Wörstener Neuenburger-Münsterstraße und zurück 20.12,6 Minuten Uhr zurück. Damit erreichte er eine Geschwindigkeit von 211 Kilometern und hat seinen alten Rekord um etwa 21 Stundenkilometer überboten.

### Das Harzbahnunglück.

29) Göttingen, 13. Juli. Zu den Nachrichten, daß die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung in der Angelegenheit des Harzbahnunglücks eingeleitet habe, wird mitgeteilt, daß es sich nur um die in solchen Fällen üblichen Einzelheiten handelt, die man nicht zu der Ansicht, daß es sich um eine Naturkatastrophe handelt und ein persönliches Verschulden nicht in Frage kommt.

### Elf Todesopfer bei einem Eisenbahnzusammenstoß.

30) Toledo (Ohio), 12. Juli. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Personenzug und einem Güterzug wurden hier elf Personen getötet. Einer der Wagen des Personenzuges war vollkommen begraben unter einer Anzahl Güterwagen, die mit Zement beladen waren.

### Abflug eines britischen Flugzeuges.

31) Hongkong, 13. Juli. Ein kleines Seeflugzeug, das von dem britischen Luftverkehrsgesellschaft „Hermes“ ausgeflogen war, ist heute von Hongkong ab. Hier die Trümmern des Wagens wurden gefunden. Man fürchtet, daß der Insasse, ein Fliegerleutnant, ertrunken ist.

## Rheide

Reichsminister  
Stadthalter  
Kämmerer  
des Land  
von Bismarck  
am Reichs

Die franz  
Stimmen da  
das unter V  
27 auf 611  
1 ein einfü  
vamp ist ein  
der Rechten  
indem sie die  
von der Link  
keit, wie nach  
fanden hatte,

Sehr bemer  
das Verhalten  
daß eine folc  
auch in der f  
nächsten Jahr  
in Deutschla  
geben, der ge  
Selbstbildnis  
dem er hoffen  
seine Wieder  
deutsche Reich  
len.

Das f r  
Kammer ist  
Wahlreform  
schaffen wird.  
Dann gerade  
seit Jahren d  
La n g t haben  
lofen Restitut  
Doffnung war  
iststen hat do  
der Wiederauf  
„Reform“ vor  
haben jetzt di  
in den kleinen  
weglich für die  
nisse mit  
links und red  
die kaiserliche  
Einfuhr zu ge

Die Verfor  
debatten in de  
treten. Es ist  
führung der W  
carés ist. Gem  
seines Kabin  
meint der De  
die dauernde  
den Kammerde  
sen zu müssen  
spiel gegeben  
gierung. Aber  
nisterfollegen  
gen, dessen G  
Jahre um die  
die Wahlrecht  
ist außerordn  
daß er dieses  
damit nicht m  
auf deren Unt  
gebaut hatte,  
ins eigen  
carés die polit  
auch erkannt  
Reformvorlage  
Schritt für ih  
wofür ihm die  
werden

Es ist nöti  
Auch in Deu  
wa h i f t e n  
g i a l e m o t  
alles deshalb  
freibestellun  
der Welt zu se  
eine gewisse F  
mit großen W  
ungemein polit  
tratte bereits  
sam werden a  
gewisse Beden  
laut, aber sie  
rung ist auch  
in der W e r  
Abfassung d  
Reichstages d  
fest unterleg  
land leicht e  
ren der Vorle  
vielmehr auch  
Ausdruck des  
sinn, wenn  
rens die Abge  
Wählern kom  
politischen W  
Reichstag gar  
sind unzurei  
onskennatist  
völlig verloren  
hat sich auch i